

Es gilt das gesprochene Wort

Rede der CDU-Fraktionsvorsitzenden Landrätin Eva Irrgang in der LV am 18.12.2019

Sehr geehrter Herr Gebhard,
sehr geehrter Herr Löb,
verehrter Herr Dr. Lunemann,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
lieben Kolleginnen und Kollegen,

vor uns liegt der erste Doppelhaushalt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Dieser bezieht sich auf die Planungsjahre 2020 und 2021 und stellt in Verbindung mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Höhe des Hebesatzes der Umlage sowie der eingebrachten Änderungsliste eine gute und ausgewogene Grundlage für die kommenden beiden Haushaltsjahre dar.

Wenn wir heute also den Haushalt 2020 und 2021 mit den Stimmen von CDU und SPD - gerne auch mit einigen mehr - beschließen, geben wir den Mitgliedskörperschaften des LWL eine verlässliche Orientierung über die Kommunalwahl hinaus.

Wir bieten Planungssicherheit!

Dass es uns jedoch nicht nur um eine möglichst langfristige Planungssicherheit geht, sieht man nicht zuletzt an den Eckwerten des Haushaltes, die unser finanzpolitischer Sprecher, Klaus Baumann, soeben vorgetragen hat:

- Hebesatzkontinuität in 2020
- moderate Steigerung in 2021
- Kompensation eines Großteils der finanziellen Auswirkungen des BTHG und AG-BTHG durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage
- gleichzeitig eine Vielzahl an vorausschauenden Investitionen, richtungsweisenden Strukturentscheidungen und eine Stärkung des Profils des LWL im Kulturbereich
- und, das ist mir besonders wichtig: Wir haben uns gerade als CDU-Fraktion für einen umsichtigen, nachhaltigen und ideologiefreien Umgang mit unseren LWL-Beteiligungen stark gemacht.

Die zentralen Eckwerte des Haushaltes sind dem verantwortungsvollen Umgang der Verwaltung mit den ihr anvertrauten Ressourcen geschuldet. Gleichzeitig haben wir mit unseren politischen Beschlüssen in den letzten Jahren einen stringenten Weg der Konsolidierung und maßvollen Ausgabengestaltung aufgezeigt. Unsere politischen

Entscheidungen waren dabei nie ausufernd, sondern immer am Bedarf orientiert und von Haushaltsdisziplin geprägt. Dafür möchte ich mich insbesondere bei den beiden Fraktionen der Koalition bedanken.

Denn: Dies ist in Zeiten guter Steuereinnahmen wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Im Gegensatz zu anderen, haben wir nicht die Spendierhosen an.

Und das ist gut so!

Meine Damen und Herren,

ohne die stark steigenden Schlüsselzuweisungen und guten Umlagegrundlagen wäre ein konstanter Hebesatz trotz aller Haushaltsdisziplin kaum möglich gewesen. Da wir keine Garantie haben, dass es in den nächsten Jahren so weitergeht, gleichwohl aber die Sozialaufwendungen kontinuierlich steigen, müssen wir auch weiterhin äußerst kritisch mit den von uns beeinflussbaren Standards umgehen.

BTHG & AG-BTHG

In diesem Zusammenhang sehe ich auch die beiden großen Gesetze, die uns in diesem Jahr intensiv beschäftigt haben und auch in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen werden.

Die dritte Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (kurz BTHG) bringt einige gewichtige Veränderungen mit sich, die aus sozialstaatlicher Sicht

zu begrüßen sind. Mit dem Ziel „mehr Teilhabe und Selbstbestimmung“ für Menschen mit Behinderung zu schaffen, wird die Eingliederungshilfe aus dem Sozialgesetzbuch XII herausgelöst und in Form eines modernen Teilhaberechts in das SGB IX integriert: während bis dato überwiegend einrichtungszentriert Leistungen erbracht wurden, wird dies künftig verstärkt personenzentriert erfolgen.

Neben verschiedenen leistungs- bzw. finanzierungsseitigen Verbesserungen, so z.B. der Anhebung von Einkommens- und Vermögensfreigrenzen, kommt es durch die Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen sowie durch die organisatorische Zuordnung von Zuständigkeiten zu erheblichen Verschiebungen innerhalb der kommunalen Familie.

Einen ähnlichen Prozess haben wir 2016 bei der Einführung des Inklusionsstärkungsgesetzes erlebt – mit im Ergebnis erheblichen Unsicherheiten und Prognoseschwierigkeiten. Rund vier Jahre später ist die Situation bezüglich der Übernahme der Frühförderung und der Fachleistungen durch den LWL, sowie die Abgabe der existenzsichernden Leistungen an die Mitgliedskörperschaften noch wesentlich komplexer, da zu allen Unsicherheiten und Eventualitäten

auch noch ein neuer Landesrahmenvertrag hinzukommt, der die gesetzliche Weiterentwicklung ausgestaltet.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch diese Herausforderung im Sinne der Menschen in Westfalen-Lippe meistern. Davon bin ich überzeugt!

Als Politik erwarten wir von der Verwaltung eine regelmäßige Berichterstattung über die aktuellen Entwicklungen, damit wir ggf. frühzeitig nachjustieren können.

Digitalisierung / Klima

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich möchte an dieser Stelle auf eine Facette der Vorlage zum Mobilitätsmanagement eingehen. Ein zentrales Anliegen der Vorlage ist „Mobilitätsmanagement durch Mobilitätsvermeidung“. Damit ist das Potential gemeint, Mobilität durch Digitalisierung zu ersetzen und virtuelle statt physische Wege zu gehen. Der LWL ist ein großer Flächenverband – es führen viele Wege nach Münster – die sind aber mitunter sehr lang. Von der Klinik Marsberg 150km, von der Glashütte Gernheim gut 140km oder aus dem schönen Kreis Olpe – lieber Frank Beckehoff - über 130km. Hier setzt der LWL an und stellt richtigerweise die Potentiale der Digitalisierung in den Mittelpunkt und wird in den

nächsten Monaten prüfen, ob zum Beispiel der flächendeckende Ausbau von Videokonferenzsystemen eine vielversprechende Möglichkeit zur Reduzierung von Mobilität und somit von Emissionen sein kann.

Dieser Ansatz zeigt, wie wichtig es ist, sich mit den Problemen und Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes konkret auseinanderzusetzen und nicht auf einer allgemeinen, fordernden oder verbietenden Ebene zu diskutieren. Der Klima- und Umweltschutz war und ist für die CDU-Fraktion ein Kernthema des politischen Handelns. Das war übrigens auch schon vor Greta Thunberg und Fridays for Future unter der Überschrift „Bewahrung der Schöpfung“ bei uns der Fall. Es ist verfehlt uns vorzuwerfen, dass wir die ganzen Jahre in Sachen Klima- und Ressourcenschutz nichts getan haben. Das Gegenteil ist der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dies hat zuletzt auch die Diskussion über den Energiebericht eindrucksvoll bewiesen. Mit dem energiepolitischen Konzept haben wir uns bereits vor Jahren auf ein nachhaltiges Vorgehen beim LWL verständigt.

Der Flächenenergieverbrauch ist bereits heute um rd. 46% zurückgegangen. Ein durchaus stolzer Wert. Berücksichtigt man dabei noch, dass wir mittlerweile im LWL Strom aus regenerativen Quellen

beziehen, reduzieren sich die CO₂-Emissionen sogar um weit über 60%. Das sind die objektiven Zahlen. Als CDU-Fraktion sind wir immer gerne bereit über Maßnahmen zu sprechen, die uns wirklich nachhaltig weiterhelfen und sich in einem vernünftigen wirtschaftlichen Rahmen bewegen. Vernunft vor Ideologie, das ist unsere Losung!

Beteiligungen

Die Entscheidung zum künftigen Umgang mit unserer RWE-Beteiligung hat Zeit gebraucht. Wir als CDU-Fraktion haben dabei nicht nach einer schnellen und einfachen Lösung gesucht, die der Faktenlage nicht gerecht wird. Es wäre nicht redlich gewesen, wenn wir als Sachwalter öffentlicher Interessen die RWE-Beteiligung einseitig nur durch die Klimabrille gesehen und entschieden hätten, „weg mit Schaden“.

Wir machen nachhaltige Politik, indem wir das über viele Jahre von unseren Vorgängern aufgebaute Vermögen langfristig im Sinne der Menschen in Westfalen-Lippe sinnvoll anlegen. Wir denken dabei vor allem an soziale Aufgaben und an eine Stärkung unseres kulturpolitischen Profils. Denn die Kulturpolitik ist das, was die Teilregionen in Westfalen-Lippe nach außen hin sichtbar macht und miteinander verbindet. Wir investieren also in das, was für den Zusammenhalt in unserer Region wichtig ist.

Von besonderer Bedeutung ist ebenfalls unsere Provinzial-Beteiligung. Vor über einem Jahr haben wir einer Absichtserklärung zugestimmt, eine Fusion zwischen unserer Provinzial und ihrer rheinischen Schwester zu prüfen. Dass dieser Prüfungsprozess sich so lange hinzieht, hat niemand erwartet. Meine Fraktion hätte sich einen schnelleren Fortschritt gewünscht. Der herrschende Schwebezustand ist für die Beschäftigten eine große Belastung. Das wissen wir.

Als CDU-Fraktion haben wir deshalb ganz klare Erwartungen an den weiteren Prozess:

- Durch die Fusion müssen die Ertragskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert sowie die Arbeitsplätze in unserer Region gesichert werden.
- Münster darf im Vergleich zu Düsseldorf nicht zweite Wahl sein. Wir wollen daher ein belastbares Standortkonzept.
- Und nicht zuletzt: Wir möchten, dass die Beschäftigten umfänglich informiert und mitgenommen werden.

Ausblick und Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich am Ende kurz zusammenfassen, wofür dieser

Doppelhaushalt steht:

- Die Fraktionen von CDU und SPD haben sich frühzeitig auf eine klare Hebesatzfestlegung verständigt, welche die finanzielle Situation der westfälisch-lippischen Mitgliedkörperschaften aufgreift, würdigt und sachgerecht einordnet.
- Insgesamt wird die Ausgleichsrücklage mit gut 80 Mio. Euro belastet. Ein tiefer Griff in das Eigenkapital des LWL. Gleichzeitig steht auch mittelfristig noch genügend Ausgleichsrücklage zur Verfügung, um auch in den Jahren 2022 bis 2024 die Zahllast der Mitgliedkörperschaften zu gestalten.

Dabei gilt jedoch: Unter 100 Mio. Euro sollten wir die

Ausgleichsrücklage nicht abschmelzen, da wir eine solche

Größenordnung für die Unwägbarkeiten und Schwankungsrisiken eines knapp 4 Mrd. Euro-Haushaltes dringend benötigen.

- Politik darf und muss Visionen haben. Träumereien und inhaltslose Forderungen bringen uns jedoch nicht weiter. Nur in bestehenden Strukturen zu denken, ist falsch – diese jedoch völlig außer Acht zu lassen, ist es ebenfalls. Wir haben mit den Vorlagen zur Mobilität

und Digitalisierung klare Strukturen geschaffen, die den LWL in den nächsten Jahren grundlegend bestimmen werden. Dabei gehen wir Schritt für Schritt vor und orientieren uns am Machbaren. Dafür stehen wir als CDU und werden dieses Versprechen auch in den kommenden Jahren einlösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
unser Dank gilt der Kämmerei für die Erstellung des Zahlenwerkes sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Das neue Jahr hält viele Herausforderungen für uns bereit. Als erster Ansprechpartner für eine sachorientierte und nachhaltige Politik freut sich die CDU-Fraktion darauf, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen zu meistern.

Ich wünsche Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest. Für das Neue Jahr 2020 wünsche ich Ihnen Zufriedenheit, Gesundheit und Gottes Segen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.